

Angesichts der Gefährlichkeit der Methoden und Praktiken von Scientology sind Gegenmaßnahmen auf den verschiedensten Gebieten dringend erforderlich. Die Justizminister der Bundesländer haben vor kurzem beschlossen, die Frage zu prüfen, ob und wie die Scientology-Kirche strafrechtlich wegen psychischer und physischer Abhängigkeitsverhältnisse, materieller Ausbeutung unter Gewissenszwang sowie Persönlichkeitszerstörung belangt werden kann. Die CDU hat auf ihrem letzten Bundesparteitag im Dezember 1991 in Dresden einen Beschluß zur Unvereinbarkeit einer CDU-Mitgliedschaft mit der Zugehörigkeit zur Scientology-Kirche gefaßt. Vor allem ist aber unerläßlich, daß Kirche, Staat, Gesell-

schaft, Familie und Schule das Problembewußtsein und die Sensibilität für diesen Gefahrenbereich schärfen und Wege für ein sinnerfülltes Leben und eine tragfähige Wertorientierung aufzeigen. Deshalb kommt neben Beratung und Hilfestellung, wie sie von kirchlichen und staatlichen Stellen im Blick auf gefährliche Sekten und Religionsgemeinschaften überhaupt und die Scientology-Kirche im besonderen angeboten wird, der vorbeugenden Erziehung in Schule und Elternhaus besondere Bedeutung zu. Es geht letztlich darum, die freiheitliche Kultur in unserer Gesellschaft zu bewahren und den manipulativen Einfluß von Psychotechniken insbesondere auf Jugendliche abzuwenden. *Hans-Ingo von Pollern*

Unter den Zwängen der Islamisierung

Pakistan und seine christliche Minderheit

Nach Indonesien ist Pakistan das Land mit den meisten Muslimen. Als islamisch geprägter Staat bei der Teilung von Britisch-Indien nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden, wurde in Pakistan im vergangenen Jahr die Sharia, die islamische Rechtsordnung, als Staatsgesetz eingeführt. Damit hat sich die Stellung der christlichen wie der anderen religiösen Minderheiten als Staatsbürger verschlechtert. Unter den Christen in Pakistan, die zusammen nur etwas mehr als ein Prozent der Bevölkerung ausmachen, stellen die Katholiken die größte Gruppe.

Dreizehn Jahre hindurch hat Pakistan die *afghanischen Mudschahedin* im Kampf gegen die Sowjets und ihre afghanischen Bundesgenossen unterstützt. Ein Großteil der afghanischen Flüchtlinge hat in Pakistan Aufnahme gefunden. Auch jetzt nach dem Ende der Kämpfe befinden sich immer noch drei Millionen afghanischer Flüchtlinge auf pakistanischem Gebiet. Der Waffen- und Rauschgiftschmuggel zwischen Pakistan und Afghanistan geht ebenfalls weiter. Der am 17. August 1988 bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommene ehemalige Präsident *Zia-ul-Haq* hatte den Pashtunen (in Pakistan werden sie Pathanen genannt) *Gulbuddin Hekmatyar* und seine Islamische Partei Afghanistans immer unterstützt. Hekmatyar kämpft gegenwärtig mit dem Tadschiken *Abmed Sab Massud* um die Vorherrschaft in Afghanistan. Was der pakistanischen Regierung in diesem Zusammenhang Sorge bereitet, ist die Gefahr, daß es über den Streit zwischen Pashtunen und Tadschiken zu einer Teilung Afghanistans nach Stammeszugehörigkeit kommen könnte. Ein evtl. entstehendes Pashtunistan würde dann kaum auf das Territorium des jetzigen Afghanistan beschränkt bleiben, sondern auch die sieben Millionen – von insgesamt fünfzehn Millionen – Pashtunen oder Pathanen in Pakistan miteinbeziehen wollen. Das würde

zum Wiederaufleben eines alten Traums führen, der mit der Parole: „Pashtunistan den Pashtunen“ die staatliche Einheit Pakistans gefährden könnte (vgl. *Tonny Rosiny* in FAZ, 4. Mai 1992).

Benazir Bhutto war nach ihrer Entfernung aus dem Amt der Ministerpräsidentin durch Präsidenten *Ghulam Ishaq Khan* im August 1990 vielen Anfeindungen ausgesetzt. Ihr Mann, *Asif Ali Zardari*, befindet sich unter dem Vorwurf der Beteiligung an der Ermordung eines politischen Gegners immer noch in Untersuchungshaft. Frau Bhutto erhebt weiterhin die Beschuldigung, daß die Wahlen im Oktober 1990 nicht regulär verlaufen seien, sondern daß es zu ganz erheblichen *Wahlfälschungen* auf Kosten ihrer Partei, der Pakistan People's Party (PPP), gekommen sei. In der Provinz Sind werden seit dem Sommer 1990 die Anhänger der PPP immer wieder von örtlichen Politikern, die mit der Regierung *Mian Nawaz Sharif* sympathisieren, verfolgt, verhaftet und gefoltert. Vor seiner Ernennung zum Premierminister war Nawaz Sharif Chefminister des Pandschab und seine Partei, die Islamic Democratic Alliance (IDA), die politisch dominierende Kraft in der Region.

Eine außenpolitische Neuorientierung ist notwendig

Die Regierung von Premier Nawaz Sharif hat gegenwärtig mit drei Krisen zu kämpfen: Politische Auseinandersetzungen um Kaschmir, Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Wirtschaft und Unruhen in der Provinz Sind. Die *Kaschmirfrage* belastet das ohnehin gespannte Verhältnis zu Indien im verstärkten Maß, nachdem vom Boden Pakistans aus im Februar dieses Jahres über 20 000 Anhänger der „Jammu und Kashmir Liberation Front“ (JKLF) von

Amanullah Khan einen „Marsch“ nach Kaschmir zu unternehmen versuchten. Pakistanische Truppen mußten schließlich mit Waffengewalt intervenieren, um eine internationale Konfrontation zu verhindern.

Premierminister Sharif hatte aber im Inland und in Indien alle politischen Kräfte gegen sich, als er öffentlich über eine Lösung der Kaschmirfrage in Richtung einer Autonomie des Gebietes nachzudenken begann. Diese „dritte Option“ neben den beiden herkömmlichen: Zugehörigkeit Kaschmirs entweder zu Pakistan oder zu Indien, wird einmütig abgelehnt. Die Verschärfung in der Kaschmirfrage ist andererseits von erheblicher innenpolitischer Brisanz, da der Koalitionspartner, die radikale Jamaat Islami unter der Führung von *Qazi Hussain Ahmed*, hier die treibende Kraft ist und der größeren Regierungspartei Verrat am Islam wegen ihrer mangelnden Härte in dieser politischen Frage vorwirft. Auch wenn der Anteil der Jamaat Islami an den Wählerstimmen sich nur auf 5 Prozent beläuft, verfügt sie als Gralshüterin der islamischen Orthodoxie doch über weitgehenden Einfluß.

Die Veränderungen der politischen Großwetterlage im Gefolge des Endes der UdSSR und die damit gegebene Neuverteilung der politischen Gewichte haben auch für Pakistan weitreichende Folgen. Einmal hat sich Indien von der einseitigen Bindung an die UdSSR lösen müssen, und zum anderen ist es zu einer vorsichtigen Annäherung zwischen den USA und Indien gekommen. Zusammen mit der weitgehenden Lösung der afghanischen Frage ist Pakistan damit für die USA nicht länger der einzige Partner in der Region. Pakistans Anstrengungen, die „islamische Atombombe“ zu entwickeln, hatte schon vorher zu einer *Abkühlung des pakistanisch-amerikanischen Verhältnisses* geführt. Es wird kolportiert, daß Pakistan russische Atomexperten für sein Nuklearprogramm zu gewinnen sucht. Schon im Februar 1992 hatte der pakistanische Außenminister *Sharyar Khan* bei einem Besuch in Washington offiziell erklärt, daß Pakistan über Mittel und Möglichkeiten verfüge, Atomwaffen zu bauen. Von dieser Kapazität werde Pakistan dann keinen Gebrauch machen, wenn auch Indien seine Atomwaffenproduktion einstelle.

Pakistan muß sich auf jeden Fall *außenpolitisch neu orientieren*. Inwieweit eine Verstärkung der regionalen Zusammenarbeit im Rahmen der schon jetzt bestehenden südasiatischen Kooperationsallianz (South Asian Association for Regional Cooperation – SAARC) möglich sein wird, ist eher zweifelhaft. Zu dieser 1980 auf Betreiben des damaligen Staatspräsidenten von Bangladesh, *Zia-ur-Rahman*, gegründeten Kooperationsgemeinschaft gehören Bangladesh, Bhutan, Indien, die Malediven, Nepal, Pakistan und Sri Lanka, wobei natürlich Indien der dominierende Partner ist. Verglichen mit der Zusammenarbeit unter den ASEAN-Staaten erscheint die SAARC eher als ein politisch inaktives Gebilde.

Der Zusammenbruch der UdSSR läßt einige Kreise in Pakistan von einem neuen Großreich der Muslime träumen, das die zentralasiatischen Republiken Kasachstan,

Usbekistan, Turkmenistan, Tadschikistan und Kirgisien in einen Zusammenschluß islamischer Staaten unter der Führung Pakistans zusammenführen soll. Neben Afghanistan käme auch das chinesische unabhängige Gebiet Xinjiang für einen Anschluß in Frage. Doch sind solche Überlegungen wohl eher geopolitische Träumereien, da neben dem islamischen Rivalen Türkei auch der Erzrivale Indien in dieser Region über einige politische und wirtschaftliche Trümpfe verfügt, denen Pakistan nicht viel mehr als islamische Gesinnung entgegenstellen kann.

Probleme der Ökologie und des Bevölkerungswachstums

Die *wirtschaftliche Lage* Pakistans ist gegenwärtig äußerst angespannt. Das Ende des Krieges in Afghanistan hat dem Land viele Probleme wie die Versorgung der afghanischen Flüchtlinge gelassen. Die Einführung eines auf der Sharia beruhenden Zinssystems, nach dem die Erhebung von Zinsen im Bankensystem als „unislamisch“ verboten werden soll, hat zu einer starken Verunsicherung ausländischer Geldgeber wie der Weltbank und anderer Finanzinstitutionen geführt. Das Bundesgericht zur Einführung und Überwachung der Sharia-Gesetzgebung, das unter Zia-ul-Haq 1980 eingerichtet wurde, entwickelt sich in mancher Hinsicht zu einer Gewalt über allen Gewalten, da es die Vollmacht hat, bestehende Gesetze und Bestimmungen auf ihre Übereinstimmung mit islamischen Vorstellungen zu untersuchen und widrigenfalls eine Änderung zu verlangen. So sind von diesem islamischen Gremium 22 bestehende Wirtschaftsgesetze als „unislamisch“ bezeichnet worden, weil sie nach den gängigen Markt- und Finanzgebräuchen das Zinsnehmen für erlaubt erklären. Die Wächter der islamischen Orthodoxie verlangten nun ultimativ eine Aufhebung bzw. Änderung dieser Gesetze bis zum 30. Juni 1992. Andernfalls würden sie diese Gesetze als nicht mehr gültig bezeichnen.

Die Regierung sah sich außerstande, diesen Forderungen zu entsprechen und wälzte die Verantwortung für eine alternative Wirtschaftsgesetzgebung zunächst einmal auf die selbst ernannten Fachleute einer islamischen Wirtschafts- und Finanzordnung ab. Eine mögliche Lösung der Streitfrage wird wohl darin liegen, daß ähnlich wie in Saudiarabien zwischen internationalen Banktransaktionen – für die weiterhin Zinsnehmen erlaubt sein würde – und internen Bankgeschäften unterschieden wird, bei denen dann das Zinsverbot gelten und herkömmliche Zinsen unter einer neuen Bezeichnung wie „Dienstleistungsabgabe“ oder ähnliches auch weiterhin erhoben werden könnten.

Für Pakistan wird die Versorgung der Bevölkerung und vor allem der Landwirtschaft mit Süßwasser immer mehr zu einem der bedrückendsten Probleme. Einige Stimmen sprechen davon, daß in Pakistan Trinkwasser mittlerweile genauso wertvoll wie Öl geworden sei. Das ist zwar weit übertrieben, aber sicher ist, daß die Wasservorräte wegen der ständig wachsenden Bevölkerung, des Ausblei-

bens ausreichender Regenfälle und der Verdunstung von landwirtschaftlich für die Bewässerung genutztem Wasser mit anschließender Versalzung von bewässerten Böden immer geringer werden. Von den 123 Millionen Kubikmetern Wasser, die jährlich dem Indus entnommen werden, erreichen gerade 70 Millionen das Ackerland, für das sie eigentlich bestimmt sind. Der Rest geht durch Verdunstung und Versickern verloren.

Die Bevölkerung hat inzwischen 112 Millionen erreicht. Die Wachstumsrate liegt bei gegenwärtig 3 Prozent, was bedeutet, daß die pakistanische Bevölkerung sich in 22 Jahren verdoppeln würde, wenn keine Maßnahmen einer gezielten Bevölkerungspolitik ergriffen werden (vgl. Impact, Jan. 92, S. 10 f.).

Die Auseinandersetzungen im Sind könnten die unsichere Position von Ministerpräsident Sharif weiter schwächen und zu einem Putsch des *Militärs* führen, die angesichts der politischen Entwicklungen langsam die Geduld verlieren. Das Militär stellt in Pakistan seit seiner Gründung den stärksten Machtfaktor dar. Immer wieder haben die Generäle die Macht übernommen, wenn sie Pakistan durch zivile Regierungen schlecht verwaltet sahen. Weite Teile der Wirtschaft werden von aktiven oder ehemaligen Angehörigen des Militärs kontrolliert. Der Verteidigungshaushalt beläuft sich nach offiziellen Angaben auf 38 Prozent des Gesamthaushalts – eine Zahl, die deutlich macht, wie stark die Ansprüche der Militärs das gesamte Land beherrschen. Nicht umsonst spricht man von einer Troika bestehend aus der Armee, dem Präsidenten und dem Ministerpräsidenten, die das Land beherrsche, wobei die tatsächlichen Machtverhältnisse sich in der angegebenen Reihenfolge widerspiegeln.

Die katholische Kirche und ihre gesellschaftliche Präsenz

Die Christen, Protestanten und Katholiken zusammen, stellen etwas mehr als 1 Prozent der pakistanischen Bevölkerung und sind damit eine verschwindend kleine Minderheit. Die Zahl der Katholiken beläuft sich auf 850 000. Bei etwa gleicher Bevölkerungszahl von Pakistan und Japan ist die katholische Kirche Pakistans damit doppelt so groß wie die Japans. Etwa gleich stark wie die Christen ist mit 1,5 Prozent Anteil an der Gesamtbevölkerung die Gemeinschaft der *Hindus*. Ihr Platz in der pakistanischen Gesellschaft ist eher noch unsicherer als der der Christen, da die bleibenden Spannungen zwischen Pakistan und Indien auch immer wieder als Auseinandersetzung zwischen Muslimen und Hindus verstanden werden. Mit 97,2 Prozent sind die Muslime die weitaus stärkste Religionsgemeinschaft im Lande. Schon von der Gründungsgeschichte des Landes her ist der Islam für das nationale Selbstverständnis der Pakistanis bestimmend geworden und ist offiziell die Staatsreligion Pakistans. Die meisten Muslime sind *Sunniten*. Immerhin beläuft sich der Anteil der Schiiten auf 20 Prozent der gesamten muslimischen Bevölkerung. Die in Pakistan entstandene Ahmedia-Bewegung wird seit 1973 von der islamischen Orthodoxie

als eine dem Islam nicht mehr zugehörige Sekte angesehen, verfügt aber im Lande doch weiterhin über großen Einfluß. Die Angaben über ihre zahlenmäßige Stärke schwanken zwischen 5 Millionen – so die Angaben der Ahmedia-Bewegung – und etwa 500 000 nach Angaben von pakistanischen Regierungsstellen.

Die Zusammensetzung der Katholiken in Pakistan ist geprägt von der *Missionsgeschichte*. Es waren vornehmlich katholische Kaufleute aus Goa und Mangalore, die den Kern der katholischen Kirche in Pakistan bildeten. Der erste katholische Bischof wurde 1886 für Lahore ernannt, so daß die Geschichte der katholischen Kirche in Pakistan gerade 100 Jahre umfaßt. Bis heute sind die *Goanesen* die tonangebende Gruppe unter den Katholiken. Eine große Zahl von Priestern und vor allem auch Bischöfen kommt aus ihren Reihen. Alle Bischöfe – 6 Diözesanbischöfe und 1 Weihbischof – sind Pakistani. Der Erzbischof von Karachi, *Joseph Cordeiro*, ist Mitglied des Kardinalskollegiums. Die weitaus größte Zahl der pakistanischen Katholiken gehört jedoch zu den Pandschabis und da wiederum zu den unteren sozialen Schichten. Auch wenn das islamische Pakistan offiziell keine Kasten kennt, ist die Kasteneinteilung doch Teil des geschichtlichen Erbes, das Pakistan mit Indien teilt. Die pandschabischen Katholiken haben in der pakistanischen Gesellschaft eine sehr niedrige Stellung. Auch in der Kirche finden sie sich oft diskriminiert.

Die *protestantischen Kirchen* sind in einem Nationalen Kirchenrat zusammengeschlossen. Mit gut einer halben Million Mitglieder ist die methodistische Kirche die stärkste kirchliche Gruppe unter den Protestanten.

In der Öffentlichkeit sind die Christen durch ihr weit ausgebauten *Schulsystem* präsent. 1972 waren alle christlichen Schulen vom Staat übernommen worden, weil der Einfluß der christlichen Schulen der Islamisierungskampagne im Wege zu stehen schien. 1985 wurde dann eine Reihe von Schulen wieder an die katholische Kirche zurückgegeben. Gegenwärtig betreibt sie 169 Schulen verschiedenen Typs. Auch die christlichen Schulen sind gehalten, für alle Schüler einen Unterricht in den Grundlehren des Islam zu erteilen. *Christlicher Religionsunterricht* kann dagegen nur außerhalb der regulären Schulzeit und in kirchlichen Einrichtungen erteilt werden. Absolventen christlicher Schulen finden sich in den Schlüsselstellungen der Politik, der Wirtschaft und des Militärs. Es ist umstritten, inwieweit damit auch eine indirekte christliche Beeinflussung der in der Mehrzahl muslimischen Schulabgänger gegeben ist. Einen im Lande viel beachteten Beitrag leisten die Christen durch ihre medizinischen Einrichtungen und ihr persönliches Engagement für Leprakranke und andere Behinderte. Hier ist die Arbeit der deutschen Ärztin *Ruth Pfau* zu nennen, die durch ihren vorbildlichen Einsatz für Leprakranke und als medizinische Beraterin des Präsidenten landesweit bekannt geworden ist.

In Pakistan besteht seit 1986 eine nationale Kommission für „Gerechtigkeit und Frieden“, die von *Bonnie Mendes*, einem Priester der Diözese Faisalabad, geleitet wird, der

durch seine Tätigkeit für das Office for Human Development (OHD) asienweit bekannt geworden ist. Die Arbeit der Kommission besteht im wesentlichen darin, sich für eine Gleichstellung der christlichen und anderer Minderheiten einzusetzen. Viele katholische Laien sehen in der Arbeit der Kommission eine wichtige Lobby für ihre Anliegen. Die Kommission hat auch dazu beigetragen, die Kluft zwischen Klerus und Laien zu durchbrechen und das Gefühl gemeinsamer Verantwortung für die Herausforderungen zu wecken, denen sich die katholische Kirche in Pakistan gegenüber sieht.

Auch wenn immer noch viele ausländische Priester als Angehörige von Orden und Missionsgemeinschaften im Lande tätig sind, so ist die pakistanische Kirche doch weitgehend *einheimisch* geworden. In ihrem Erscheinungsbild ist sie aber noch wenig „pakistanisch“, was immer dies bei der internen Zerrissenheit des Landes auch heißen mag. Seit einigen Jahren gibt es einen *Arbeitskreis für kontextuelle Theologie*, der vom Pastoralinstitut in Multan koordiniert wird. Dieses Pastoralinstitut ist zwar eine Einrichtung der Diözese Multan und wird von Dominikanern unter Mitarbeit von qualifizierten Laien geleitet, hat aber wegen der Qualität seiner Programme und Publikationen nationale Bedeutung. In Rawalpindi befindet sich das ökumenische christliche Studienzentrum, das ursprünglich eine protestantische Gründung ist und seit 1967 in ökumenischer Zusammenarbeit von protestantischen und katholischen Christen getragen wird. Das Zentrum bemüht sich um Anliegen der christlich-islamischen Begegnung und der Stellung der christlichen Minderheit im pakistanischen Staat.

Katholischerseits besteht seit 1985 eine nationale Kommission für die christlich-islamischen Beziehungen, zu der alle sechs Diözesen jeweils einen kompetenten Vertreter entsandt haben. Geleitet wird die Kommission von Bischof *John Joseph* von Faisalabad, während *P. James Channan OP* als Sekretär die Arbeit koordiniert. Im Oktober dieses Jahres wird in Zusammenarbeit mit dem Sekretariat der FABC für Ökumene und Interreligiösen Dialog eine gesamtasiatische Konferenz zu Fragen des christlich-islamischen Dialogs in Multan abgehalten. Mit dieser Veranstaltung soll die Reihe der „Bischöfs-Institute für den interreligiösen Dialog“ (BIRA) wieder aufgenommen werden.

Seit einiger Zeit hat sich um Fr. *Emmanuel Asi*, einem ehemaligen Professor am Großen Seminar von Karachi, eine kleine Gruppe von Theologen und engagierten Laien gebildet, die eine Art pakistanischer Befreiungstheologie entwickeln möchte. Asi ist der lokale Repräsentant der Ökumenischen Vereinigung von Dritte-Welt-Theologen (EATWOT) und arbeitet mit gleichgesinnten Theologen in Asien zusammen.

Nach der gegenwärtig gültigen Verfassung gibt es in Pakistan kein gleiches, öffentliches gemeinsames Wahlrecht. Im vollen Sinne wahlberechtigt sind eigentlich nur die Muslime, während die Angehörigen von ethnischen und religiösen Minderheiten nur für *Kandidaten aus ihren*

eigenen Reihen stimmen können, die die für die jeweiligen Gemeinschaften von vornherein reservierten Sitze unter sich ausmachen müssen. Die Regierung argumentiert, daß auf diese Weise eine proportional der Größe der jeweiligen Gruppierung entsprechende Vertretung im Parlament sichergestellt sei, während gerade christliche Gruppen diese Sonderbehandlung ablehnen und sich von einer gleichberechtigten Teilnahme am politischen Leben ausgeschlossen fühlen.

Sharia-Gesetzgebung – Diskriminierung der Minderheiten?

1991 wurde auf Betreiben muslimischer Gruppen die *Einführung der Sharia als Staatsgesetz* durchgesetzt. Mit der Verabschiedung dieses Gesetzes ist für die Minderheiten eine Verschlechterung ihrer Stellung als pakistanische Bürger verbunden. Angehörige nicht-islamischer Minderheiten sind damit vor Gericht nicht in gleicher Weise wie Muslime zeugnisberechtigt, da das Zeugnis eines Nicht-Muslim nur halb so viel gilt wie das eines Muslim. Während des Ramadan müssen auch die Nicht-Muslime in der Öffentlichkeit die strengen Fastengebote einhalten. Gegenwärtig wird trotz des Einspruchs der nicht-islamischen Minderheiten an einer Verordnung gearbeitet, die die Eintragung der Religionszugehörigkeit in die Identitätskarte für jeden pakistanischen Bürger verpflichtend vorschreiben soll. Die gleiche Ausdehnung über den Kreis der Muslime hinaus gilt auch für die sog. Hudud-Gesetze, d. h. die von der Sharia vorgeschriebenen Strafen bei bestimmten Delikten wie Raub (Hand- und/oder Fußamputation) und Ehebruch (Steinigung), denen Angehörige der christlichen und hinduistischen Minderheit ebenfalls unterworfen werden. Auch die Bestimmungen über Blutgeld (qisas und diyat) sollen auf die Minderheiten angewandt werden.

Es ist nur ein schwacher Trost für die christlichen und anderen Minderheiten, daß auch in der Vergangenheit viele der diskriminierenden Vorschriften nicht in voller Härte durchgeführt worden sind. Beobachter sind der Meinung, daß auch die Sharia-Gesetzgebung erst einmal in Verwaltungsvorschriften umgesetzt sein muß, bevor sie negative Auswirkungen haben kann. Dabei hofft man, daß einige der Bestimmungen nur taktische Konzessionen der Regierung gegenüber dem Druck der muslimischen Fundamentalisten darstellen, die in ganzer Stringenz nicht umgesetzt werden. Die Regierung von Ministerpräsident Sharif versucht ganz offensichtlich, sich nach der Verabschiedung der Sharia-Gesetzgebung mit der Verwirklichung der Verordnungen auf den Gebieten der Wirtschaft, der Erziehung und anderer Bereiche erst einmal Zeit zu lassen. Gegenwärtig sind eine Reihe von Kommissionen damit beauftragt, die Durchführungsbestimmungen zu erarbeiten.

Wohl im Gefolge der Auseinandersetzungen um Salman Rushdies Buch „Die Satanischen Verse“ entstand in Pakistan eine Kampagne, per Gesetzesbeschluß die Todesstra-

fe für das Delikt der Verunglimpfung der Person des Propheten Muhammad einzuführen. Anfang Juli 1992 wurde ein entsprechendes Gesetz trotz zahlreicher Proteste, auch aus der katholischen Kirche Pakistans, beschlossen. Damit wird die alte Regelung, die immerhin auch schon eine lebenslängliche Haftstrafe vorsah, entscheidend verschärft. Schon vor der endgültigen Verabschiedung der Bestimmungen des Sharia-Gesetzes hatten sich katholische und protestantische Bischöfe im Dezember 1990 mit einem Brief an den Ministerpräsidenten Sharif darüber beklagt, daß die Sharia damit zu einem Instrument gemacht werde,

das über der pakistanischen Verfassung stehe und die verfassungsmäßig zugesicherten Rechte der ethnischen und religiösen Minderheiten trotz anderslautender Bestimmungen de facto aufhebe oder aushöhle. Es sind aber nicht nur Angehörige der Minderheiten, die gegen die Einführung der Sharia-Gesetzgebung protestiert haben. Viele Ärzte in Pakistan weigern sich, die von der Sharia vorgeschriebenen Amputationen vorzunehmen, weil sie nicht Hilfeleistung zu staatlich verordneten Verstümmelungen leisten wollen, die ihrem Verständnis der Ethik des Arztberufes zuwiderlaufen. *Georg Evers*

Kurzinformationen

Der „Weltkatechismus“ wurde am 25. Juni von Johannes Paul II. approbiert

Der von der Sondersynode Ende 1985 (vgl. HK, Februar 1986, 62) angeregte „Weltkatechismus“ ist fertiggestellt, wird aber erst in einigen Monaten veröffentlicht. Am 25. Juni approbierte Johannes Paul II. den „Katechismus der katholischen Kirche“ (so der offizielle Titel), der in fünfjähriger Arbeit von einer Kommission unter dem Vorsitz von Kardinal *Joseph Ratzinger*, dem Präfekten der Glaubenskongregation, und einem Redaktionskomitee erstellt wurde. Ein vorläufiger Text des Katechismus war Ende 1989 allen Bischöfen der Weltkirche zur Stellungnahme übersandt worden (vgl. HK, Mai 1990, 237); diese Konsultation erbrachte fast 1000 Reaktionen mit insgesamt 24 000 einzelnen Änderungsvorschlägen. Der Katechismus wurde vom Papst in der *französischen Fassung* approbiert; Übersetzungen in andere Sprachen sind in Arbeit. Nach Fertigstellung der Übersetzungen soll das Werk veröffentlicht werden. Der „Katechismus der katholischen Kirche“ ist in erster Linie für die *Bischöfe* bestimmt und soll als Bezugsgröße für künftige nationale oder regionale Katechismen dienen. Das Werk ist nach dem traditionellen Katechismusschema aufgebaut und behandelt gleichermaßen die Glaubens- wie die Sittenlehre der katholischen Kirche. Die Ausführungen zu den einzelnen Punkten sind durchweg knapp gehalten und stützen sich durchgängig auf die einschlägigen Texte der Schrift, der Tradition und des Lehramts. Der erste Teil des Katechismus enthält die Glaubenslehre anhand der Artikel des Glaubensbekenntnisses. Unter dem Titel „Die Feier des christlichen Geheimnisses“ handelt der zweite Teil von den Sakramenten in der Gliederung: Initiationssakramente, Sakramente der Heilung, Sakramente des Dienstes und der Gemeinschaft. Der dritte Teil, betitelt „Leben in Christus“, beginnt mit allgemeinen Ausführungen über die Würde der menschlichen Person, die menschliche Gemeinschaft und das Verständnis von Gnade und Gesetz und geht dann den Zehn Geboten entlang. Der Schlußteil des Katechismus ist

dem christlichen Gebet gewidmet und mündet in eine Auslegung des Vaterunsers. Bei der Vorstellung des Katechismus bezeichnete Kardinal Ratzinger das Werk als ein „nützliches Instrument“, das eine Hilfe beim Bemühen um eine Antwort auf den gegenwärtig vielfach anzutreffenden Hunger nach Wahrheit und Gewißheit sein könne.

ZdK-Vollversammlung verabschiedet Europaerklärung zum Auftakt des 91. Katholikentages

Die diesjährige Frühjahrsvollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken am 17. Juni bildete zugleich die Auftaktveranstaltung zum 91. Deutschen Katholikentag. Schwerpunkte waren die Beratung zum aktuellen Stand der Debatte um die Reform des Paragraphen 218, der Rückblick auf die eigene Strategie in dieser Debatte und die Auseinandersetzung mit der CDU-Schelte von Kardinal *Joachim Meisner*, eine Zwischenbilanz des deutsch-deutschen Einigungsprozesses und die damit verbundene Problematik der Vergangenheitsbewältigung. Im Zentrum aber standen Beratung und Verabschiedung einer Erklärung, die den Titel trägt: „Auf dem Weg zu einem neuen Europa“. In dieser greift das ZdK mit seinem Appell tatkräftiger Solidarität für ganz Europa auch die Bedenken auf, die in den vergangenen Monaten die Europa-Debatte in Deutschland wie bei seinen westeuropäischen Nachbarn bestimmten. Während die Erklärung die forcierte Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft zur Wirtschafts- und Währungsunion und eine Gemeinschaftspolitik vor allem auf der Ebene der Außen- und Sicherheitspolitik vorbehaltlos unterstützt, fordert sie zugleich, die Prinzipien der *Solidarität* und der *Subsidiarität* konsequenter anzuwenden und dezentralen Entscheidungsstrukturen, die der kulturellen Vielfalt und der Eigenständigkeit der Völker und Regionen Rechnung tragen, mehr Raum zu geben. Ebenso gelte es die Defizite beim wirtschaftlichen und sozialen Ausgleich aufzuarbeiten, vor allem aber müßten durch